

Kampf der Schulden: Österreichs Haushalt in der Krise - was jetzt geplant wird!

Budgetprognosen und Herausforderungen für Österreich:
WIFO warnt vor steigender Staatsschuldenquote und
notwendiger Reformagenda.

Wien, Österreich - Österreich steht unter Druck, nachdem das Wifo alarmierende Prognosen zu den Staatsfinanzen veröffentlicht hat. Der Wifo-Chef Gabriel Felbermayr warnte eindringlich vor einem dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung, die bis 2029 auf rund 500 Milliarden Euro steigen könnte. Das entspricht einer Quote von 86,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was die Maastricht-Grenze von 3 Prozent für das Budgetdefizit weit überschreitet. Für 2025 wird ein Defizit von 4 Prozent des BIP erwartet, was auf eine gefährliche Entwicklung hindeutet, wenn nicht sofortige Maßnahmen ergriffen werden. Wie **oe24.at** berichtete, erwarten Experten erhebliche Einsparungen und eine „wachstumsorientierte Reformagenda“ von der kommenden Regierung.

Felbermayr forderte eine zügige Beschleunigung der Budgetmaßnahmen, um die derzeitige Situation zu stabilisieren. Er betonte, dass es an der Zeit sei, unverblümt über Einsparungen zu diskutieren und konkrete Schritte einzuleiten, um die Verschuldung einzudämmen. Unter den möglichen Einschnitten wurden der Klimabonus und die Indexierung der Sozialleistungen genannt, während zahlreiche staatliche Förderungen ebenfalls auf dem Prüfstand stünden. „Es darf keine Tabus mehr geben“, erklärte er, während er die drohende

Verschlechterung der Kreditwürdigkeit Österreichs anmahnte. Diese könnte die Bedingungen für die Staatsanleihe negativ beeinflussen, wie schon **vienna.at** feststellte.

Dringender Handlungsbedarf

Die Situation verschärft sich zusätzlich durch steigende Energiekosten und die Unsicherheiten auf den Märkten, die die Ausgaben des Staates enorm belasten. Felbermayr wies darauf hin, dass es ohne Maßnahmen der Regierung notwendig sein könnte, die Obergrenze für neue Schulden in Kürze zu überprüfen, da die aktuelle finanzielle Lage nicht aufrechterhalten werden kann. Vor diesem Hintergrund plädierte der Wifo-Chef für eine umfassende Reformstrategie, um die österreichische Wirtschaft zu stabilisieren. Die kommenden Entscheidungen der neuen Regierung werden eng beobachtet, denn sie tragen schwerwiegende Konsequenzen für die finanzielle Zukunft des Landes.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.oe24.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at